

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Preis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
getragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5474.

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16.
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postfachkonto Stuttgart 8903.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonietzelle aber deren Raum 50 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Eine Rechnung der Arbeitgeber

Sie muß verstehen!
Aus eins mach zehn und zwei laß gehen,
Und drei mach gleich, so bist du reich,
Verlier die vier! Aus fünf und sechs,
So sagt die Sieb, mach sieben und acht,
So ist's vollbracht. Und neun ist eins,
Und zehn ist keins, das ist das Segen-Einmaleins.
Goethe im „Faust“.

Dies Einmaleins wenden die Arbeitgeber an, um die berechtigten Forderungen der freien Gewerkschaften über den gesunkenen Reallohn, den verniederten Wert des Arbeitslohnes, zu widerlegen. In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 42 vom 15. Oktober 1922 verbreitet sich jemand über den „Reallohnwert des heutigen Papiermarklohnes gegenüber dem Friedenslohn in Hamburg“. Warum gerade Hamburg als Beispiel gewählt, ist nicht ersichtlich. Hamburg ist weder früher noch heute führend in der Höhe der Arbeiterlöhne gewesen, noch genöß es jemals den Ruhm, zu den Orten mit billiger Lebenshaltung zu zählen.

Den Betrachtungen legt die Arbeitgeber-Zeitung einen Verdienst der Vorkriegszeit von stündlich 55 M bei 54-stündiger Arbeitswoche gleich 29,70 M und den jetzigen Verdienst mit einem Stundenverdienst von 100 M bei 48-stündiger Arbeitswoche gleich 4800 M zugrunde. Die Teuerungszahl soll in Hamburg für eine fünfköpfige Familie im Jahre 1914 95 M im Monat betragen haben, Ende September 1922 betrug die Zahl nach gleicher Grundlage 11 784 M . Die Zahlen sollen den Beweis erbringen, daß der Lohn etwa um das 160fache, die Verteuerung der Lebenshaltung aber nur um das 123fache gestiegen sei. Da die Teuerungszahlen nicht die Kosten für Bekleidung und sonstige Kultur Ausgaben enthalten, glaubt die A. Z. bis mit den niederen Wohnungsmieten glattrrechnen zu können und kommt somit zur Feststellung, der Reallohn sei heute bedeutend höher denn früher.

Sinnvoller würde dies noch, wenn geprüft würde, was sich der Arbeiter früher und heute für seinen Wochenlohn kaufen könnte. Dieser Berechnung sollen die vom Hamburger statistischen Landesamt ermittelten Preise für Lebensmittel vom Jahre 1914 und vom September 1922 zugrunde liegen. Für seinen Wochenlohn habe sich der Arbeiter früher etwa 106 kg Brot kaufen können, jetzt bekomme er aber 236 kg. Kartoffeln habe er 7 1/2 Zentner erhalten, jetzt bekomme er 9 1/2 Zentner, Rindfleisch früher 19,8 kg, jetzt 20 kg und so fort. Die Billigkeit der Wohnungsmiete übersteige aber alle Begriffe. Während früher ein Wochenlohn nötig war, um eine Monatsmiete zu bestreiten, reiche jetzt ein Wochenlohn aus, um die Wohnung für 2 1/2 Jahr im vorhinein bezahlen zu können. Nur Mehl, Speck, Margarine, Zucker, Milch und Steinkohlen sei gegen früher etwas teurer. Was hingegen im Hinblick auf die selbst angegebenen Steinkohlenpreise unwahr ist. Bekanntlich läßt sich mit Statistiken alles und nichts beweisen, der beste Wertmesser ist der Arbeiterhaushalt, und der zeigt heute ein ganz anderes Zahlenbild. Was allwöchentlich Millionen Arbeiterfrauen erneut feststellen, bleibt unanfechtbar. Um die Arbeitgeberrechnung recht würdigen zu können, wollen wir die Lohnzahlen etwas näher prüfen. 1914 ein Stundenlohn von 55 S und 1922 ein solcher von 100 M . Beide Zahlen sind falsch.

Der Grundlohn eines Hamburger gelernten Metallarbeiters schwankte 1914 laut mit unserm Verband abgeschlossenen Tarifen zwischen 43 und 75 S und betrug im Durchschnitt 59 S . Das war der Durchschnitt der gesamten Metallindustrie, den einige schlecht beschaffte Werften mit ihren miserablen Löhnen ungünstig beeinflussten. Das Handwerk zahlte weit bessere Löhne. So schlossen die Baukempner ihren Tarif mit 55 S für junge Kollegen im ersten Jahr nach der Lehre, bis 80 S für volljährige Kempner ab. Diese Tarife wurden alle vor Ausbruch des Krieges abgeschlossen. Würde der Jahresdurchschnitt von 1914 mit den letzten fünf Kriegsmontaten, die den Metallarbeitern schon Verdienststeigerungen brachten, angezogen, würde ein weit höherer Verdienst herauskommen. Zu beachten ist ferner, daß diese Zahlen nur Stundenmindernde sind, die in die waren, die fast ausnahmslos in Akkord um 30 bis 35 v. H. überschritten wurden. Der Stundenverdienst eines gelernten Metallarbeiters betrug also im Durchschnitt 90 S und nicht 55 S , wie das Arbeitgeberorgan glaubhaft machen möchte. Als Vergleich möge Berlin gelten, das 1914 in der Metallindustrie einen durchschnittlichen Akkordverrechnungssatz von 1,05 M für gelernte Metallarbeiter hatte. Hamburg stand also höchstens auf dem Reichsdurchschnitt.

Während die Arbeitgeber-Zeitung für 1914 einen niederen Durchschnittslohn als Vergleich heranzieht, bemittelt sie für 1922 für ihre durchschnittliche Rechnung einen höchsten Akkordverdienst. So entsteht die erwünschte Spanne.

Nach dem Tarifabschluß für die Hamburger Metallbetriebe, der vom 15. bis 30. September 1922 Geltung hatte, betrug der Stundenlohn für einen gelernten Metallarbeiter über 18 Jahre 44,50 M und stieg für einen volljährigen Arbeiter auf 60,60 M ; demnach betrug der Grundlohn im Mittel 52 M . Diese Sätze galten für die in Akkord arbeitenden, deren Akkordnorm auf 72,75 M stand. Die in Lohnarbeit stehenden hatten einen Verdienst schwankend von 49,35 bis 68,40 M . Der von der Arbeitgeber-Zeitung angegebene Stundenverdienst von 100 M konnte in der fraglichen Zeit nur in Akkord und auch nur in Einzelfällen erreicht werden.

Unser einwandfreies Zahlenmaterial entlarvt die Rechnung der Arbeitgeber als ganz gemeinen Schwindel. Wollen wir die letzte Zahl vom Stundenverdienst von 100 M für die letzten Septembertage 1922 gelten lassen, obwohl dieser Lohn nur in Ausnahmefällen erzielt wurde, so steht dem Wochenverdienst von 4800 M im September 1922 ein Verdienst von 48,60 M im Jahre 1914 gegenüber. Das ist nicht einmal eine Steigerung des Wochenverdienstes um das Hundertfache. Dem stünde nach der Rechnung der Unternehmer eine Steigerung der Lebensmittelpreise um das 123fache gegenüber. Nun sind die Zahlen der Unternehmer über die Lebensmittelpreise genau so ansehbar wie ihre Lohnzahlen. Sie haben einige Lebensmittel herausgegriffen, die, um die Arbeiterschaft nicht ganz verelenden zu lassen, durch Zwangsmassnahmen niedrig gehalten wurden. Die um 2- bis 3000fache gestiegenen Bekleidungsgegenstände lassen sie ganz aus dem Spiel, Steuern, die heute den zehnten Teil des Lohnes gegen ein Achtzigstel des Verdienstes von 1914 ausmachen, und noch vieles andere wird überhaupt nicht erwähnt. Sie brauchen eine Rechnung für ihre Zwecke.

Demgegenüber stehen die Berechnungen der Gewerkschaften unanfechtbar, die die Steigerung des Wochenverdienstes um das 100fache und die Steigerung der Lebenshaltung um mindestens das 200fache feststellen. Der Papiermarklohn ist auf die Hälfte des Wertes des Lohnes von 1914 gesunken. Selbst bürgerliche Volkswirtschaftler müssen dies zugeben und errechnen höhere Lebensmittelnormen, als die maßgebenden statistischen Ämter des Reichs und der Kommunen.

Das internationale Arbeitsamt zu Genf hat ebenfalls Betrachtungen über den Reallohn in Deutschland angestellt und kommt zu dem Ergebnis, daß von 27 in den Preis der Betrachtungen gezogenen Berufen für das Jahr 1921/22 einen höheren Reallohn denn 1913 hatten. Die Berechnungen sollen sich auf die Reichsindizes des statistischen Reichsamtes stützen. Dies Zahlengemurks schlägt aller Wirklichkeit brutal ins Gesicht. So etwas kann nur aus vollständiger Unkenntnis der deutschen Verhältnisse geschehen, die Einzelfälle als Durchschnittssätze annimmt oder einseitiges, in ganz bestimmter Absicht zusammengestelltes Material — wie im vorliegenden Hamburger Fall geschäudert — kritiklos übernimmt. Die Zahlen haben absolut keinen Wert, sind überdies gefährlich, da sie dem Ausland ein ganz falsches Bild von der Lebenslage des deutschen Arbeiters geben. Das mag der Wunsch der Reaktionen sein, kann aber niemals als Ziel und Zweck behördlicher Organe betrachtet werden.

Die Arbeiterschaft weiß den Wert der Lebensmittelpreise zu schätzen und lehnt aus diesem Grunde gleichende Lohnskalen und sonstige zwangsläufige Lohnberechnungen ab. Sie wird dies solange tun, bis wahrheitsgetreue Berechnungen aus den behördlichen Stuben hervorgehen werden.

Weit interessanter für den Arbeiter sind die Verdienste der Unternehmer, Dividendenbesitzer und sonstiger Drohnen, die sich nie genug über das „Schlemmerleben im Arbeiterhaushalt“ entriisten können. Einige Zahlen mögen genügen. Ganz nette Einnahmequellen haben die Aktionäre der dem Röhler-Konzern angeschlossenen Unternehmungen im Geschäftsjahr 1921/22 gehabt. Das Geld haben die Herrschaften nicht selbst verdient, sondern ist von den Arbeitern erarbeitet worden, wofür sie noch von der Sippe verhöhnt werden. So verteilte das Gasper Eisen- und Stahlwerk 41 v. H. Dividende, der Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein 24 1/2 v. H. Die Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie verteilte 17 1/2 v. H. Dividende und die Königsborn-L. S. 30 v. H. Die Dachgesellschaft, der Lothringer Hütten- und Bergwerksverein, welcher die Gewinne der vorbezeichneten Unternehmen zusteifen, ist in der Lage, eine Dividende von 30 v. H. zur Verteilung zu bringen.

Das hindert aber die bezahlten Schreiberlinge der Unternehmer nicht, weiter von den ins riesenhafte gestiegenen Arbeiterlöhnen zu fabeln, und die Behörden, falsche Berechnungen über das Wohlleben der deutschen Arbeiter in die Welt zu senden.

Unsolides Geschäftsgebahren

Im wirtschaftlichen Teil der Tagespresse bilden die Mitteilungen über die Preiserhöhungen der industriellen Verbände schon eine umfangreiche, stehende Rubrik. Man ist bereits daran gewöhnt, daß von den Verbänden immer wieder 50 bis 100 v. H., mitunter auch noch mehr, auf die bisherigen Preise aufgeschlagen werden. Angesichts dieser Vorgänge muß man sich nur wundern, wozu überhaupt noch über Inflationswesen Vorlesungen gehalten und Bücher geschrieben werden. Unsere gesamte Wirtschaft steht im Zeichen wilder Kamshalkulation. Jene Preise, die den Kern und die Grundlage der heutigen Preisbemessung bilden, sind in den meisten Fällen zu einer Zeit errechnet worden, wo die Valutajunktur der deutschen Industrie gerade auf dem Gebiete des Inflationswesens die größten Freiheiten erlaubte. Heute haben wir Preise vor uns, die 20- bis 50mal höher sind als diejenigen des Jahres 1920. Dementsprechend haben sich aber auch die Kalkulationsfehler und -auswüchse ins Ungemessene vergrößert. Fast noch schlimmer als die Industrie treibt es die Landwirtschaft, die überhaupt nicht mehr auf ihre Bestehungskosten achtet, sondern sich einfach vom Dollarkurs leiten läßt. Bei den gewerblichen wie bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen sorgt dann der Zwischenhändler mit seinen ganz zugelassenen Aufschlägen noch dafür, daß die Inlandspreise möglichst nahe an die Grenze der Weltmarktpreise hinaufgetrieben werden. Es ist natürlich im Einzelfalle kaum noch möglich, nachzuweisen, wieviel ungerechtfertigte Aufschläge in den Kleinhandelspreisen der verschiedenen Waren stecken. Zweifellos trägt aber diese Kamshalkulation sehr wesentlich zur Entwertung des deutschen Geldes bei.

Das unsolide Geschäftsstreben tritt bei dem nun beginnenden Weihnachtsgeschäft sehr stark in die Erscheinung. Die Geschäftswelt rüstet zum Weihnachtsgeschäft. Die Kaufleute breiten Volksschichten wird durch eine mit allen Mitteln arbeitende Schaufenstereklame angereizt. Während noch im vergangenen Jahre in den meisten Auslagen dem einzelnen Gegenstand auch eine weithin sichtbare Preisangabe angeheftet war, um dem Publikum die Orientierung zu erleichtern, verzichtet man diesmal fast allgemein auf dieses geschäftliche Hilfsmittel. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die Warenpreise sind in den letzten Monaten so ungeheuerlich gestiegen, daß bei einem großen Teil des Publikums ganz andere Empfindungen als die der Kauflust hervorgerufen würden, wenn man die Auszeichnungen offen zur Schau stellte. Die Verkäufer entschuldigen alles mit dem Hinweis auf die hohen Preise, vergessen aber, hinzuzufügen, daß ein sehr großer Teil der jetzt in den Läden angebotenen Waren schon vor mehreren Monaten von den Fabriken an die Großhändler geliefert wurde und daß auf dem Wege vom Großhändler zum Konsumenten nur die Dollarkrankheit eine enorme Verteuerung herbeigeführt hat. In sehr vielen Fällen würde sich sicher ohne Nachteil für den Kleinhandel eine erhebliche Preisreduzierung durchführen lassen. Zu dieser werden sich die Geschäfte jedoch schwerlich vor Weihnachten entschließen. Nach dem Weihnachtsschicksal dürfte allerdings offenbar werden, daß bei sorgfältiger Kalkulation auch andere Preise möglich sind. Es herrscht jetzt bereits im Groß- und Kleinhandel mit Stoffen, Wäsche, Schuhen und anderen Erzeugnissen der Bekleidungsindustrie ein überraschend großes Angebot. Die Inventurausverläufe, „weißen Wochen“ usw. werden uns im Januar darüber belehren, daß durchaus kein Warenmangel mehr besteht und daß die jetzt so hohen Preise eine ganz bedeutende Verabscherung betragen. Vorläufig versucht man natürlich, die Weihnachtssaisonjunkturen auszunutzen, um möglichst große Warenposten vorteilhaft an den Mann zu bringen. Die übliche Stimmungsmache wird nicht ausbleiben. Man wird mit allen Mitteln versuchen, die Kauflust des Publikums aufzupeitschen und eine gewissermaßen unnatürlich große Nachfrage in den letzten Wochen vor Weihnachten zu schaffen. Diese Spekulation auf die Gedankenlosigkeit der herrschenden Lebensmittelpreise sehr erschwert. Preise der Arbeitnehmer, Beamten und des kleinen Mittelstandes sind tatsächlich nicht mehr in der Lage, die jetzt für Bekleidungsgegenstände, Hausgerät usw. geforderten Preise zu zahlen. Eine Ausnahme bilden nur Kriegsgewinnler, Spekulant und gewisse ländliche Kreise. Deren starke Kaufkraft wird nur noch durch die Ausländer übertroffen. Für den Durchschnittsmenschen ist es aber ganz aussichtslos, mit diesen bevorzugten Schichten am Weihnachtswirrwarr in Wettbewerb zu treten. Er wird in diesem Jahre gut tun, Zurückhaltung zu üben und die Januarpreise abzuwarten, die trotz aller Geldentwertung höchstwahrscheinlich doch etwas niedriger sein dürften.

R. W. B.

Der Erweiterte Beirat

(Siehe auch Nr. 42 der M.-Z.)

Zum ersten Punkt der Tagesordnung nimmt das Wort **H. Mann** (Stuttgart): Die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse stellt für die Gewerkschaften die Lohnfrage mit den Wirtschaftsproblemen gemeinsam in den Vordergrund. Bringt uns die zunehmende Teuerung, in immer kürzeren Zeitterminen die Löhne zu erhöhen, so dürfen wir nicht vorbeugen an den Wurzeln des Übels, die zu den heutigen krankhaften Zuständen unserer Wirtschaft führten. Sie zu beseitigen, muß unsere Hauptaufgabe sein.

Die vorliegenden Lohnverhandlungen aus den Gebieten des Reiches lassen erkennen, daß die Unternehmer weiteren Lohnsteigerungen steigenden Widerstand entgegenstellen, trotz der mit der rasenden Teuerung zunehmender Verschärfung der arbeitenden Schichten. Dazu gesellt sich das Bestreben der Unternehmer, die Lohnspannen zwischen Gelehrten und Ungelernten, Männlichen und Weiblichen sowie den einzelnen Altersklassen zu erweitern, insbesondere zum Nachteil der Jugendlichen. Ebenso steht es mit den sogenannten „Soziallöhnen“, die einzuführen und zu erweitern wir entschieden ablehnen.

Bezeichnend ist die neuerliche Erklärung der Unternehmer, daß sie trotz Teuerung eine weitere Steigerung der Löhne wirtschaftlich nicht verantworten könnten, da Lohnanhebungen die Teuerung nicht beseitigen, sondern erhöhen. Eine „wunderbare Wirtschaftstheorie“. Will man keine weiteren Lohnsteigerungen, müssen zunächst die Quellen zunehmender Teuerung verstopft werden. Das führt uns zu den entscheidenden Wirtschaftsproblemen. Die Gewerkschaften haben längst erkannt, daß hier eingegriffen werden muß. Es sei hingewiesen auf die 10 Forderungen des ADGB und des Bundes vom 1. Oktober v. J., bezüglich der neuerlichen Gewerkschaftsvorschläge der letzten Monate. Unsere Verbandszeitung ist daran in erheblichem Maße beteiligt und interessiert. Überall haben wir die Dringlichkeit der Durchführung dieser sachlich durchaus begründeten Forderungen betont, so in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, dem ADGB, dem Reichsverband und dem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages. Im organischen Zusammenhang müssen die einzelnen Wirtschaftspragen behandelt, die notwendigen Maßnahmen auf allen Gebieten ergriffen werden.

Währungs- und Kreditfragen, Geld- und Warenverkehr, Entgegenwirken einer passiven Handelsbilanz durch Einfuhrbeschränkungen solcher Waren, die wirtschaftlich wie zum Lebensunterhalt nicht notwendig sind, ferner das Ernährungsproblem und die Unterbindung weiterer Verwendung von Getreide, Kartoffeln, Zucker usw. zu Schnaps u. a. Getränken, Redereien usw., der Wohnungsbau, die stärkere Heranziehung der Bescheiden zur Steuerleistung, die Sachwertverfassung und viele andere Einzelfragen der Wirtschaft müssen ernsthaft in Angriff genommen und im organischen Zusammenhang zu einer gesunden Lösung geführt werden. Diese schweren Aufgaben erfordern ernsthafte und entschlossene Mitwirkung der Gewerkschaften. Es kennzeichnet die Sachlage, daß trotz steigender Not von Regierung und Parlament keine ernstlichen, umfassenden Maßnahmen ergriffen werden. Doch neue Brotpreiserhöhungen durch Erhöhung des Preises beim ersten Drittel der Getreideumlagen. Der Wirtschaftstag ist in erster Befolge. Wir stimmen einer Erhöhung der Produktion zu, nicht aber auf Kosten einer längeren Arbeitszeit, sondern durch Ausnutzung der Techniken, besserer Betriebsorganisation wie durch gesündere Wirtschaftsorganisation überhaupt. Neben dem wird in diesem Zusammenhang auf die Beratungen des Reichsbeirats der Betriebsräte des ADGB (siehe Bericht in Nr. 42 der M.-Z.). Die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, planmäßiges Wirken und zielbewusster Kampf sind notwendig. In diesem Sinne treten wir auch für einen wachsbereiten, durch die dazu bestimmten Organe der Betriebsräte und Gewerkschaften einzu-berufenden Reichsbeirat ein, der die proletarischen Massen aufzu-rufen und interessieren, unsere gemeinsame Arbeit unterstützen könnte. Diesen Zweck dient jedoch der von unruferner Seite einberufene und von der SPD propagierte Reichsbetriebsrätekongress nicht. Wir lehnen jede Unterfütterung und Beteiligung an diesem wilden Reichsbetriebsrätekongress ab und warnen alle Mitglieder unseres Verbandes, sich an diesem Kongress zu beteiligen. Wenn wir es ablehnen, generelle Ausschlußverfahren bei Zuwiderhandlungen anzudrohen, so soll dies jedoch keineswegs ein Freibrief bedeuten. Unsere Verwaltungen und Funktionäre haben überall die Pflicht, darüber zu wachen, daß unsere Organisationseinrichtungen, Mitglieder-vereinigungen usw. von dem Reichsbetriebsrätekongress der SPD unberührt bleiben. Wird Mißbrauch mit unseren Verbandseinrichtungen, Verbandsgebühren usw. getrieben, wird die Organisation geschädigt und ähnliches, so ist sofort einzugreifen. Unser Statut und die Beschlüsse unserer Verbands-tage sind strikte zu beachten. Laßt uns versuchen, durch sachliche Aufklärung und Arbeit die Organisation vor Schäden zu bewahren. Die Einheit unserer Organisation ist notwendiger denn je. Inmitten rasender Teuerung winkt eine neue Krise. Schon machen sich die ersten Anzeichen zurückgehender Aufträge, Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit bemerkbar. Laßt uns alles tun, um den Interessen der Arbeiter in schwerster Zeit zu dienen.

In der Aussprache regt **W. Hölzer** (Stuttgart) eine Verbesserung des Informationsdienstes an und kritisiert die Maßnahmen der Regierung über die Spernung der Tabakeinfuhr und über den Alkohol. Neben Schildert an einem Beispiel, daß die zur Durchführung der Tabaksteuer notwendigen Beamten einen großen Teil von dem wieder aufkressen, was Zoll und Steuer einbringt, und kommt zu dem Schluß, daß mit solchen kleinen Mitteln dem Volk nicht geholfen ist.

Schulenburg (Karlsruhe): Wir dürfen die Maßnahmen der Regierung betreffend Tabak- und Alkoholeinfuhr nicht mißachtend kritisieren, sie haben den vollen Beifall vieler Kollegen gefunden. Ohne eine gewisse Planwirtschaft können wir aus dem Elend nicht heraus. In weiteren Ausführungen bespricht Redner die Lohnpolitik der Metallindustriellen in Karlsruhe und die Lehrlingslöhne im Handwerk, die jeder Beschreibung spotten. Wenn die Spannungen und die Handwerkskammern auch weiterhin unsere Anregungen und

können daher die Vergeudung nicht erkennen. Sie vermögen in nicht so weite Entfernung von den kleinen Dingen zu kommen, um die großen Dinge, um die allgrößte Sache zu erkennen, nämlich daß um des Geldes willen betriebene Produktion schon vom reinen Geldstandpunkt aus die am wenigsten gewinnbringende ist. Nicht daß die Industrieunternehmen außerstande wären, einen Teil des von ihnen geschaffenen Reichtums billigerweise zu verteilen, sondern das Übel ist, daß die Vergeudung dermaßen groß ist, daß nicht genug Teile für alle Beteiligten, Bedürftigen bleiben, obwohl der Preis des Produktes schon eine den Verbrauch einschränkende Höhe hat.

Das Heilmittel der Armut liegt nicht in persönlicher Sparsamkeit, sondern in vermehrter Produktion. Die Sparregel ist verflüchtigt. Sparen stellt Besorgnis dar. Sparen ist die Lebensregel des halbverhungerten Geistes. In reiner Sparsamkeit ist Vergeudung, aber es ist auch nicht zu bezweifeln, daß es nicht so gut ist wie Verbrauch. Leute, die sich des Sparens brüsten, nehmen es als eine Tugend. Mein, was ist dem Lebenswertiger als eine arme kniende Seele, die reiche Tage und Jahre mit dem Umhollen von ein paar Metallstücken verbringt? Wir alle kennen „parlamentäre Leute“, die fogar mit der Luft zu knausern scheinen, die sie ein-eimen. Sie schrumpfen an Leib und Seele zusammen. Sparen ist Vergeudung, es ist Vergeudung des Lebensstoffes, der Lebenslust.

Es gibt zwei Arten von Vergeudung: die des Verschwenders, der sein Vermögen durch wüsten Leben verdirbt, und die des Trägen, der es durch Nichtgebrauch entwertet. Der strenge Sparrer kauft in Gefahr, mit dem Trägen auf eine Stufe gestellt zu werden. Aus-schweifung ist gewöhnlich eine Milderung von scharfer Unterdrückung des Verbrauchs. Sparen steht wie eine Milderung von Ausschweifung aus. Jedes Ding ist zum Gebrauch da. Kein Übel, das nicht auf un-nötigen Gebrauch zurückzuführen wäre. Die schlimmste Sünde, die man an Dingen des täglichen Lebens begehen kann, ist sie unrichtig zu gebrauchen. Wir belächeln Vergeudung zu sagen, aber diese ist bloß

Vorschläge auf eine Änderung des Lehrlingswesens nicht beachten, müssen wir zu illegitimen Mitteln greifen.

Die Stellung des Vorstandes zum beabsichtigten Reichsbetriebs-rätekongress der SPD ist nach Ansicht des Redners falsch. Mit Per-sonen, die systematisch die Einrichtungen des Verbandes untergraben, die Verleumdungen und Beschimpfungen schlimmer Art gegen den Verband und seine Führer ausstoßen, haben wir nichts gemeinames. Wenn wir den Verband vor der Zerschlagung retten wollen, müssen wir solche Elemente von uns fernhalten.

Scheffler (Berlin): Die von der Regierung bis jetzt be-trittenen Wege genügen nicht, um etwas Durchgreifendes zu erreichen, die Regierung muß ohne Rücksicht auf Sonderinteressen eingreifen. Die Arbeitslage muß von uns genau beobachtet werden, wir müssen die wöchentliche Berichterstattung wieder einführen. Die Lehrlings-fragen können wir nur mit Hilfe der Eltern regeln; diese Fragen werden wie ein Spielball hin- und hergeworfen, eine Kommission wartet, was die andere tun wird, und mittlerweile geschieht nichts. Mit der Stellung des Vorstandes zum Betriebsrätekongress der SPD ist Redner nicht einverstanden.

Steinhauer (Essen), der die Verhältnisse im Ruhrrevier des näheren schildert, tritt für die Stellung ein, die der Vorstand zum kommunistischen Reichsbetriebsrätekongress einnimmt, und warnt mit Nachdruck vor einem einseitigen, schroffen Vorgehen gegen Mitglieder der SPD. Die Arbeiter werden die Unmöglichkeit der Durchführung der Forderungen der SPD von selbst einsehen.

Bernard (Frankfurt) berichtet über die Lohnverhandlungen in seinem Bezirk und betont wie der Vorredner sein Einverständnis mit den Maßnahmen des Vorstandes zu dem von der SPD einberufenen Betriebsrätekongress. Die Maßnahmen der Regierung sind zu begrüßen; wir müssen alle Opfer bringen und dürfen das Allgemeinwohl nicht ver-gessen.

Reichel (Stuttgart): Die Menschheit scheint noch nicht reif, um die Lösung der schwierigsten Probleme durchzuführen. Aus diesem Grunde müssen wir alle Mittel begriffen, die uns geeignet erscheinen, der in den Abgrund rollenden Wirtschaftswagen aufzuhalten. Vor Ergriffung von Mitteln zur Abhilfe der Not der Zeit dürfen wir uns auch nicht abhalten lassen, weil in einem Gewerbegebiet dadurch Ar-beitslosigkeit eintritt; das Allgemeinwohl muß ausschlaggebend für unsere Maßnahmen sein.

Die Stellung des Vorstandes zu dem von der SPD einberufenen Betriebsrätekongress ist durch die Verhältnisse gegeben; damit ist kein Freibrief für Tendenzen gegeben, die geeignet sind, die Organisationen zu zerschlagen.

Dr. Einstei (Stuttgart): Die kommunistische Bewegung würde nicht zu ihrer jetzigen Bedeutung gekommen sein, wenn die Mitglieder sich klar wären über die Wege, die aus der Not herauszuführen. Die übertriebenen Vorstellungen von dem kommunistischen Betriebsräte-kongress müssen auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden. Wir müssen mit Entschiedenheit auf die Ursachen der wirtschaftlichen Not hinweisen und unsere Mitglieder aufklären.

Der Import ist auf das Notwendigste zu beschränken, der Staat muß unbedingt alle Einfuhr nicht lebensnotwendigen Bedarfs unter-binden. Der jetzige Marktzustand ist auf die passive Handelsbilanz zurück-zuführen, dazu kommen die Einbindungen mit Devisen von seiten der Industrie und die Devisenkäufe des Getreidehandels als Folge der schlechten inländischen Ernte.

Die Überspitzung des Lohnproblems stellt die Organisationen vor schwierige Aufgaben; die neue Kohlenpreiserhöhung auf Grund der erhöhten Vergarbeitslöhne zum Beispiel bedeutet eine Milliarden-ausgabe, die wir nicht mehr ertragen. Daß die Unternehmer noch nichts gelernt haben, beweisen die Meißener bei der Ausgabe neuer Aktien bei verschleierten Unternehmen. Die Bezugsrechte sind außer-ordentlich günstig. Die vorgenommenen Kapitalerhöhungen kommen lediglich den Aktionären zugute, also dem Verfall in unserer Wirt-schaft. Die Lage der Wirtschaft hat sich in den letzten Wochen erheblich verschlechtert. Die Auslandsaufträge sind zurückgegangen, die Beschäfti-gung wird heute von den Inlandsaufträgen gehalten. Dazu kommt immer unregelmäßiger das Eindringen ausländischer Zahlungsmittel in den Inlandsverkehr, die Flucht vor der entwerteten, blutarmen Mark zu dem fetten Dollar wird immer größer, die Mark ist kein Wertmesser mehr, sondern nur noch Zahlungsmittel, und diese Eigen-schaft geht auch immer mehr verloren. Es muß alles, was möglich ist, rückförmig gesehen, nur dadurch entgehen wir der Gefahr eines voll-ständigen wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

Wolff (Essen): Der von den Unternehmern beklagte Ernot und der Einfuhr von Auslandszucker kann entgegengewirkt werden, wenn die Tausende von alten Radfahern und die Dutzende von alten Lokomotiven, die auf vielen Bahnhöfen herumliegen, der Verschrottung zugeführt werden.

Die Vorgänge in Hamborn waren ein Skandal, die Polizei wurde mit Helleisen beworfen, die später anrückenden Gestirte jedoch mit Mützen. Mit solchen Reuten will die SPD die Produktion kontrollieren.

Ziska (Berlin) vergleicht die Berliner Tariflöhne mit denen anderer Orte und betont, daß die Unternehmer anderer Orte sich nicht auf die Berliner Löhne berufen dürfen. Der Tariflohn sei nicht der wirtschaftliche Verdienst.

Die Vorschläge von Vorhölzer und Dr. Einstei sind nur auf dem Weg der gebundenen Wirtschaft durchzuführen, aber diese ist durch die kapitalistischen Organe discreditiert worden. Das Lehrlings-problem wird erst forciert werden können, wenn wir die Eltern auf unserer Seite haben.

Zum Betriebsrätekongress der SPD müssen wir öffentlich zum Ausdruck bringen, daß die Organisationen sich solche Dinge nicht ge-fallen lassen.

Liebe (Dresden) berichtet über die Lohnabschlüsse in seinem Be-zirk und über die Propaganda der SPD in Sachsen. Auch dieser Redner ist der Ansicht, daß der Verband seine Stellung gegen den Betriebsrätekongress der SPD bewußt zum Ausdruck bringen muß.

H. Mann (Stuttgart) nimmt in einem Schlusswort Stellung zu den Ausführungen der einzelnen Redner.

Die Lehrlingsfrage wird immer brennender. Wir haben an der Ausbildung und Entlohnung sowie der Zahl der Lehrlinge in In-dustrie und Handwerk das größte Interesse. Der deutschen Wirtschaft

eine Folge des Mißbrauchs. Jeder Mißbrauch ist Vergeudung. Wir lehren den Kindern, ihr Geld zu sparen. Das ist von Wert als ein Versuch, gedankenlos und selbstschuldigem Geldverderb entgegenzuwirken. Mein es ist nichts Positives, es führt nicht das Kind hinaus auf die sichere, nützliche Straße der Selbstbetätigung oder des Selbstverwendens. Dem Kinde richtiges Anlegen und richtigen Ge-brauch des Geldes zu lehren, ist besser, als ihm Sparen zu lehren. Die meisten Leute, die ein paar Dollar zusammentragen, würden besser tun, sie anzulegen, zuerst bei sich selbst, dann in einer nützlichen Sache. Davon würden sie am Ende mehr haben, als vom Hülfen. Man spart nicht, wenn man sich hindert, produktiver zu werden; man verhindert in der Tat nur sein späteres Kapital, bloß der Wert seiner eigenen Naturanlage. Verbrauch ist positiv, aktiv, lebens-spennend. Verbrauch mehrt die Summe der Lebensgüter.

Es gibt nur zwei Arten von Narren in der Welt. Der eine ist der Millionär, der glaubt, er könnte durch An-häufen von Geld wirkliche Macht anhäufen. Der andere ist der fache-re Reformator, der meint, wenn er nur das Geld von einer Klasse nehmen und es einer andern Klasse geben könnte, seien alle unsere Äbel geheilt. Beide sind auf dem Holzwege. Einige der erfolgreichsten Geldmänner der Gegenwart haben dem Vermögen der Menschheit nicht einen Pfennigwert beigefügt. Vermehrt der Startkapital den Reichtum der Welt? Wenn alle Reichtum schafften bis zur leicht erreichbaren — Grenze ihrer schöpferischen Fähigkeit, dann wäre bestimmt genug für jeder Mann vorhanden. Die tatsächliche Knappheit — nicht eine fiktive, verursacht durch die Un-möglichkeit, Geldstücke im Umlauf zu lassen — ist bloß durch den Mangel an Produktion verschuldet. Und dieser Mangel ist nur zu oft der Unkenntnis, wie und was zu erzeugen, zuzuschreiben. Wir sind zu fest an alte, einseitige Methoden gewöhnt. Mehr Bemühen ist vorhanden. Wir haben gewisse Dinge nur auf ein s

kann und darf es auch nicht gleichgültig sein, wie die Lehrlings-ausbildung ist, denn je mehr qualifizierte Arbeitsleistung in der Arbeit der deutschen Wirtschaft ist, desto besser wird dies sein.

Die uns zwangsläufig ausgedrängten Soziallöhne müssen mit nach wie vor bekämpfen, die ersten Schattenseiten dieser Zulagen werden sich in erhöhtem Maße bei einer Krise zeigen.

Zur Lohnpolitik im allgemeinen muß einmal auf die ernste Ge-fahr hingewiesen werden, die durch die sofortigen Preissteigerungen bei Lohnerhöhungen entsteht. Die den Arbeitern zum Ausgleich ge-gebenen Lohnzulagen dürfen nicht sofort wieder in verdoppeltem Maße auf die Preise umgelegt werden. In den Industrien, die auf Grund der Konstellation ihres Gewerbes die Preise diktiert können, müssen sich die Arbeiter davor hüten, eine Aufbesserung der Löhne auf Kosten weiterer Preissteigerungen vorzunehmen.

Durch ein Herumkurieren an einzelnen Gegenständen bebelen wir die wirtschaftlichen Notzustände nicht, eine Gesundung kann nur er-folgen bei Erfassung der ganzen organischen Zusammenhänge der Wirtschaft. Die Vorschläge des ADGB beschränken sich nicht auf ein-zelne Punkte, sie umschließen Ein- und Ausfuhr, Kreditfragen und Devisen, Steuern u. a. Wirtschaftsprobleme. Besonders auf dem Gebiet der Steuern muß mehr gesehen. Der Besitz wird offensichtlich ge-schont. Seit August 1920 lebt das Reich in der Hauptsache von Zöllen, indirekten Steuern und dem 10prozentigen Wohnabzug. Solange wir diesen nicht erfassen, wird uns das Ausland auch nicht helfen, dieses muß sehen, daß wir auch selbst alles tun, um aus eigener Kraft wieder in die Höhe zu kommen.

Die Gewerkschaften und die WEP dürfen es jetzt nicht bei Neben-arten belassen, sie müssen auf Vertiefung ihrer Forderungen drängen. Klar ist, daß erst bei ernsthafter Beschäftigung mit den Wirtschaftsproblemen der große Fragenkomplex augenfällig wird, der der Behandlung harret. Dabei zeigt sich auch, wie leichtsinnig und un-gegründet so manche Forderung der SPD als Tagesparole in die Massen geworfen wird. Die Drahtzieher machen sich die wirtschaftliche Not zunutze, um die Kollegen gegen die Gewerkschaften aufzuputchen. Aber mit Resolutionsen und Schimpfplanen abseits man die Not nicht. Wir müssen uns das Vertrauen der Arbeiter durch Taten zu erwerben suchen und werden dann auch Vertrauen beanspruchen können. Und gegenseitiges Vertrauen ist dringend notwendig in dieser schweren und ersten Zeit.

Die Klarheit der Zielsetzungen

Der Vossischen Zeitung sind bei der Berliner kommunistischen Demonstration am Sonntag den 1. Oktober Widersprüche aufgefallen, über die sie schreibt: Die Regie klappete nicht, was recht komische Wider-sprüche hervorrief. Da empfahl ein Redner als sicherstes Mittel gegen die deutsche Hungersnot den engen Anschluß an Sowjetrußland, während vor ihm Tafeln geschwenkt wurden mit der Aufschrift: „Selbst den hungernden russischen Brüdern!“ Wieder mit den vereinigten sozialdemokratischen Parteien, den Schülern der Hausarbeiter „ob Kampagne von Stinnes!“ rief ein anderer Redner, während ein Plakat vor ihm die Einheitlichkeit der Arbeiter grüßte. Die Neben gipfelten in der Aufforderung, für den Reichsbetriebsrätekongress Gelder zu sammeln, der Kongress werde schon die richtigen Mittel gegen Hunger und Teuerung finden. Aber das stimmte wieder nicht mit den Flug-blättern überein, die einem in die Hand gedrückt wurden, unterschrieben: Allgemeine Arbeiterunion, kommunistische Arbeiterpartei, Kom-munistische Arbeiterjugend, und in denen es heißt: „Der angeforderte Betriebsrätekongress ist der größte Schwindel zu dem ausgesprochenen Zwecke, die sich aufbäumenden Massen in den Gewerkschaften zu halten. Diese Betriebsräte sind Werkzeuge des Kapitals — bewußt und un-bewußt —, die noch nicht einmal den Bruch mit den Gewerkschaften wollen, die auch nur mit radikalen Präsen den Kopf verdecken.“ Kurzum: daß die Zeiten schlecht sind, darüber ist man sich einig; wie zu besser sei, auf diese Frage hat offenbar auch die Sonntags-demonstration keine einmütige Antwort gegeben.

Arme Proletarier! Unter diesem Reichen glaubt ihr zu siegen! Kehret zurück zur Wahrheit und Gerechtigkeit!

Berliner Rohrlegerstreik beendet!

Den Kollegen zur Mitteilung, daß der Streik der Berliner Rohr-leger seit dem 8. Oktober als beendet gilt. Ortsverwaltung Berlin.

Zur Beachtung!

Anfragen an uns ist immer ein frankierter Briefumschlag beigulegen, andernfalls Nichtantwort nicht verbürgt werden kann. Dann ersuchen wir auf neue, Geschäftsangelegenheiten an den Verlag zu richten. Schriftleitung und Verlag der Metallarbeiter-Zeitung.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Gildensozialismus, Klassenkampf, Volksozialisierung. Von Otto Krenn. Verlag Pader & Co., Dresden. 48 Seiten stark. — Der Ver-fasser ist in politischen Kreisen bekannt geworden durch seinen Kampf für die Sozialisierung. Heute leitet er die Siebungs-, Wohnungs- und Baugilde Österreichs, ein großartiger Beruf, einen Wirtschafts-zweig gildensozialistisch zu entwickeln. In diesem Buche wird das Gildenproblem in engsten Zusammenhang mit Klassenkampf, Partei und Gewerkschaft dargestellt, werden Formen und Möglichkeiten sozia-listischer Wirtschaft erörtert und damit die Wege der Arbeiterkraft auf politischen und wirtschaftlichen Macht beleuchtet.

Art benutzt und gewisse Waren nur durch einen Kanal geleitet. Wenn dann der Konsum flau oder dieser eine Kanal verstopft ist, steht das Geschäft still und all die üblen Folgen der Krise treten ein. Nicht beispielsweise das Korn. Millionen und Millionen Scheffel Korn sind in den Vereinigten Staaten aufgespeichert, ohne eine Möglichkeit der Abfuhr. Eine bestimmte Menge wird als Nahrung für Mensch und Vieh verwendet, aber nicht alles. Früher, als in Amerika der Alkohol noch nicht verboten war, ging ein gewisser Betrag in die Schnaps-brennerei, was sicherlich kein guter Verbrauch war. Eine lange Reihe von Jahren floß das Korn durch diese beiden Kanäle. Wenn einer davon verstopfte, stautete sich das Korn zu gefährlich hohen Haufen an.

Eine größere Vielfältigkeit ist allgemein nötig. Eine große An-zahl Dinge sind in der Aenderung begriffen. Wir werden lernen, mehr die Beherrscher als die Bediener der Natur zu sein. Wir graben Kohle und Erz und schlagen Bäume. Wir verbrauchen Erz und Kohle und das Holz. Die ersten beiden sind geschwunden, das andere brau-t eine Lebenszeit zur Erneuerung. So werden wir eines Tages die Wärme, die uns umgibt, in unsern Dienst pressen, dadurch nicht länger mehr auf Kohle und Holz angewiesen sein. Ich bin gewiss, daß die fortschreitende Chemie ein Verfahren findet, wodurch ge-wachsene Dinge in einen Stoff umgewandelt werden können, der besser hält als Metall. Mit der Verwendung der Baumwolle haben wir erst kaum begonnen. Es kann besserer Holz fabriziert werden, als das, was wächst.

Wenn ich die Reichen richtig lese, schließt der amerikanische Grob-industrielle, sind wir inmitten einer tiefen Umwandlung. Sie vollzieht sich um uns herum langsam, kaum bemerkbar, aber mit einer un-bedingten Sicherheit. Die als eigenartige Tugend bewunderte Ger-töpflichkeit, die in Wirklichkeit Holzstumpfheit ist, wird durch Vernunft ersetzt. Wir erlangen eine bessere Einsicht in die Wirklichkeit. Wir be-ginnen zu erkennen, daß in der Welt schon alle Dinge für ein reiches Leben vorhanden sind. Wir lernen sie besser gebrauchen, indem wir er-kennen, was sie sind. J. R.

